

# Der Renten-Schocker

Blitzbeschluss der großen Koalition: Die Deutschen müssen länger arbeiten – für weniger Geld im Alter

**A**ngriff ist die beste Verteidigung, dachte sich der SPD-Vorsitzende. Als die Anführer der schwarz-roten Koalition am Donnerstagabend voriger Woche im Kanzleramt bei Suppe und Selters zusammensaßen, ließ Matthias Platzeck seinem Zorn über den – nicht anwesenden – Landwirtschaftsminister Horst Seehofer freien Lauf.

Wie sich der CSU-Ressortchef in den vergangenen Tagen verhalten habe, polterte Platzeck, „das gehört sich nicht für ein Regierungsmitglied“. Im Streit um die Rente mit 67 habe Seehofer dem Arbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) einen Bruch des Koalitionsvertrags vorgeworfen, obwohl dieser nichts anderes getan habe, als genau diesen Vertrag zu erfüllen. Sowohl Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wie CSU-Chef Edmund Stoiber müssten dafür sorgen, „dass so etwas nicht Schule macht“.

Während sich der SPD-Vorsitzende echauffierte, saß einer ganz ruhig dabei – gerade so, als hätte er mit dem Schlammassel nichts zu tun: Franz Müntefering. Über ihn verlor Platzeck in dieser Runde keinen bösen Satz. Doch die Verstimmung zwischen den beiden war für alle spürbar. Kein Wort, keinen Blick – so registrierte die Unionsseite aufmerksam – wechselten die Spitzensozis während der knapp dreistündigen Sitzung. Nur einmal reichte Müntefering seinem Parteichef einen Zigarillo.

**Mit einem Machtwort** hatte Platzeck am Tag zuvor eine Lösung in dem vom Vizekanzler angezettelten Renten-Konflikt erzwungen, der die SPD in schwerste Turbulenzen und die Koalition in ihre erste große Krise hätte stürzen können. Auf Drängen seines Parteichefs ließ sich Müntefering am Mittwoch im Kabinett volle Rückendeckung für seinen Plan geben, das Renteneintrittsalter bereits bis zum Jahr 2029 auf 67 Jahre zu erhöhen. Im schwarz-roten Koalitionsvertrag war ursprünglich nur „spätestens 2035“ zu lesen.

**Die Bilanz einer turbulenten Woche:** Die SPD durchlebte einen bis dato einmaligen Machtkampf ihres Führungsduos. Die Kanzlerin und ihr Kabinett brachten – halb trieb es sie, halb fielen sie – ihre erste große Sozialreform auf den Weg.

Aber für Millionen Bürger bedeutet die Rente mit 67 vor allem: Sie werden länger arbeiten und haben am Ende eine schlechtere Altersversorgung als die heutigen Ruheständler. Die müssen in diesem und im nächsten Jahr zwar eine Nullrunde hinnehmen. Für die Jahre 2008 und 2009, rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl, sind dann aber leichte Erhöhungen um 0,2 bis 0,3 Prozent drin – wie der Schätzerkreis für die Rentenversicherung errechnet hat. Im ARD-Deutschlandtrend sprachen sich denn auch zwei Drittel der Befragten gegen die baldige Rente mit 67 aus.

In den Koalitionsverhandlungen im Herbst hatte die SPD den Vorschlag der Union noch zurückgewiesen, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit vorzuziehen. Das sei in der Sozialdemokratie „nicht vermittelbar“. Am vorvergangenen Wochenende war es dann ausgerechnet Müntefering, der aufs Tempo drückte. Er könne sich statt einer Übergangszeit von 24 Jahren „auch 18 oder zwölf vorstellen“, erklärte er im FOCUS-Interview.

Hintergrund der „Münite“-Initiative: Ohne einen solchen Einschnitt in die Rentenversicherung, so hatten die Beamten im Arbeits- und Sozialministerium ihren Chef wissen lassen, wäre ein Beitragssatz unter 20 Prozent nicht mehr lange zu halten. Das müsse man dann auch in den Rentenbericht schreiben, der im März vorgestellt wird – nur wenige Tage vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt.

Mit seinem plötzlichen Reformeifer überraschte der frühere SPD-Chef den Koalitionspartner ebenso wie die eigenen Genossen. Weder die Union war vorab informiert noch SPD-Fraktionschef Peter Struck („Ich weiß von nichts“) – geschweige denn Platzeck.

Dabei braucht der Neue an der SPD-Spitze gerade alles andere als Querschüsse aus den eigenen Reihen: Seine Versuche, der Partei ein modernes, unverwechselbares Profil zu geben, finden bisher nur mäßigen Widerhall. Zu den Gewerkschaften sucht er mehr Nähe – da wirkt die Rente mit 67 wie eine kalte Dusche. Die SPD-Wahlkämpfer in den Ländern bitten um Ruhe in Berlin – doch Müntefering schafft das

Gegenteil.

Schon zu Zeiten von Bundeskanzler Gerhard Schröder sei „Münite“ ein „Autist“ gewesen, der seine Entscheidungen mit niemandem abspreche, mokierte sich bereits vor einigen Wochen Berlins Regierungschef Klaus Wowereit (SPD). Einige Spitzengenosse sahen in dem Alleingang gar „eine Retourkutsche“ gegen Platzeck, der seinerseits ohne vorherige Abstimmung mit seinem Vorgänger an der Parteispitze eine Korrektur der Koalitionsbeschlüsse zur Familienförderung erzwungen hatte.

**Genossengerangel.** Die SPD-Wahlkämpfer, allen voran der Mainzer Regierungschef Kurt Beck, drängten Platzeck, den Vizekanzler zur Raison zu bringen. Auch die Union zeigte sich irritiert. Sozialpolitiker Gerald Weiß (CDU) wundert sich, „dass das gerade jetzt gemacht werden muss“, kurz vor den Landtagswahlen und zwei Monate nachdem man das Zieldatum 2035 vereinbart habe. Spöttisch fügt der Hesse hinzu: „Das als hohe Staatskunst zu erkennen fällt mir schwer.“

Am Mittwoch entschied sich Platzeck zur Flucht nach vorn. In der Morgenrunde mit den SPD-Ministern beklagte er sich erst über Münteferings Solo („So geht das nicht!“). Dann drängte er den Vizekanzler, per Kabinettsvotum die Union mit in die Pflicht zu nehmen. Es könne nicht so weitergehen, schimpfte auch Generalsekretär Hubertus Heil, „dass die SPD im Maschinenraum schwitzt, während die Union sich auf dem Sonnendeck räkelt“. Auf dem Weg ins Kanzleramt telefonierte Müntefering mit Merkel, keine zwei Stunden später hatte das Kabinett die historische, aber ungeliebte Reform im Grundsatz abgesegnet.

Doch was langfristig die Rente sichern soll, ist für viele Arbeitnehmer ein Schock. Die Aufforderung, für eine volle Rente künftig bis 67 zu arbeiten, muss für die Arbeitslosen von heute wie Hohn klingen. Schwarz-Rot beschloss die längere Lebensarbeitszeit nur einen Tag nachdem die Bundesagentur für Arbeit die Horrorzahlen übermittelt hatte: Im Januar waren erneut mehr als fünf Millionen Deutsche ohne Job. Ein Viertel aller Arbeitslosen ist 50 Jahre und älter. Nur 40 Prozent

der 55- bis 65-Jährigen stehen heute noch im Erwerbsleben. Ausgerechnet die Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover macht für ihre Beamten schon ab 50 den Vorruhestand möglich und erklärt das mit dem Druck, Personalkosten zu sparen.

Wenn Ämter und Betriebe die Älteren hinauswerfen – wie sollen die dann länger für ihre Rente arbeiten können? „Die Alternativen zum beschleunigten Einstieg in die Rente mit 67 sind höhere Beiträge, niedrigere Leistungen und höhere Steuern. Insofern ist der Schritt vertretbar“, sagt der SPD-Chef von Thüringen, Christoph Matschie. „Aber wir müssen uns jetzt ganz schnell darum kümmern, dass die Chancen der Älteren auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Das ist vorrangig.“

**Platzecks Hoffnung**, mit dem Ruckzuck-Votum des Kabinetts werde sich auch die Erregung in seiner Partei ebenso fix legen, dürfte deshalb trügen. „Es gibt im Moment keinen Anlass, über einen schnelleren Weg in die Rente mit 67 zu reden, solange die Arbeitslosigkeit der Menschen über 50 so hoch ist, wie sie ist“, zürnt Ute Vogt, stellvertretende SPD-Vorsitzende und Spitzenkandidatin ihrer Partei in Ba-

den-Württemberg.

Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bundestag, Edelgard Bulmahn (SPD), fordert ebenso wie Parteivize Kurt Beck (siehe Seite 40) eine Differenzierung nach Berufen. „Man sollte bei einer Erhöhung des Renteneintrittsalters stärker unterscheiden, wer an welchem Arbeitsplatz steht. Einem Dachdecker würde ich mit 65 nicht abverlangen, dass er noch weiterarbeitet. Wissenschaftler könnten dies durchaus.“

Der Arbeitsminister hat angekündigt, mehr für die Förderung Älterer zu tun. Doch konkrete Konzepte aus seinem Hause fehlen noch. Die Gewerkschaften drängen ihn, noch stärker mit Lohnsubventionen zu arbeiten. „Er hat jetzt wirklich eine Bringschuld für 50plus“, mahnt DGB-Chef Michael Sommer. Auch Platzeck forderte: „Ich erwarte von der Regierung, dass sie in den nächsten Wochen ... konkrete und schnell wirksame Maßnahmen vorlegt.“ Der SPD-Chef ließ keinen Zweifel, wer Adressat dieser mahnenden Worte war: Müntefering persönlich.

**Der unionsfreundliche Kurs** ihres ehemaligen Vorsitzenden geht vielen Sozialdemokraten gegen den Strich. „Ich

mache jetzt keine Parteipolitik mehr, sondern Regierungspolitik“, hatte der Vizekanzler vor kurzem der CDU-Spitze anvertraut. Die Perspektive des 66-Jährigen ist vorrangig der Erfolg der Koalition – Platzeck dagegen muss sich um den Wahlerfolg 2009 und seine eigene Zukunft kümmern.

Von ihrem Parteichef verlangen die Genossen deshalb, dass er die Regierung stärker als bisher treibt – auch den Vizekanzler. Als nächste Konfliktthemen sind bereits Mindestlohn und EU-Dienstleistungsrichtlinie ausgeschaut. „Viele in der SPD fragen sich, wer von beiden eigentlich den Hut aufhat: der alte oder der neue Parteichef“, berichtet ein SPD-Vorstandsmitglied.

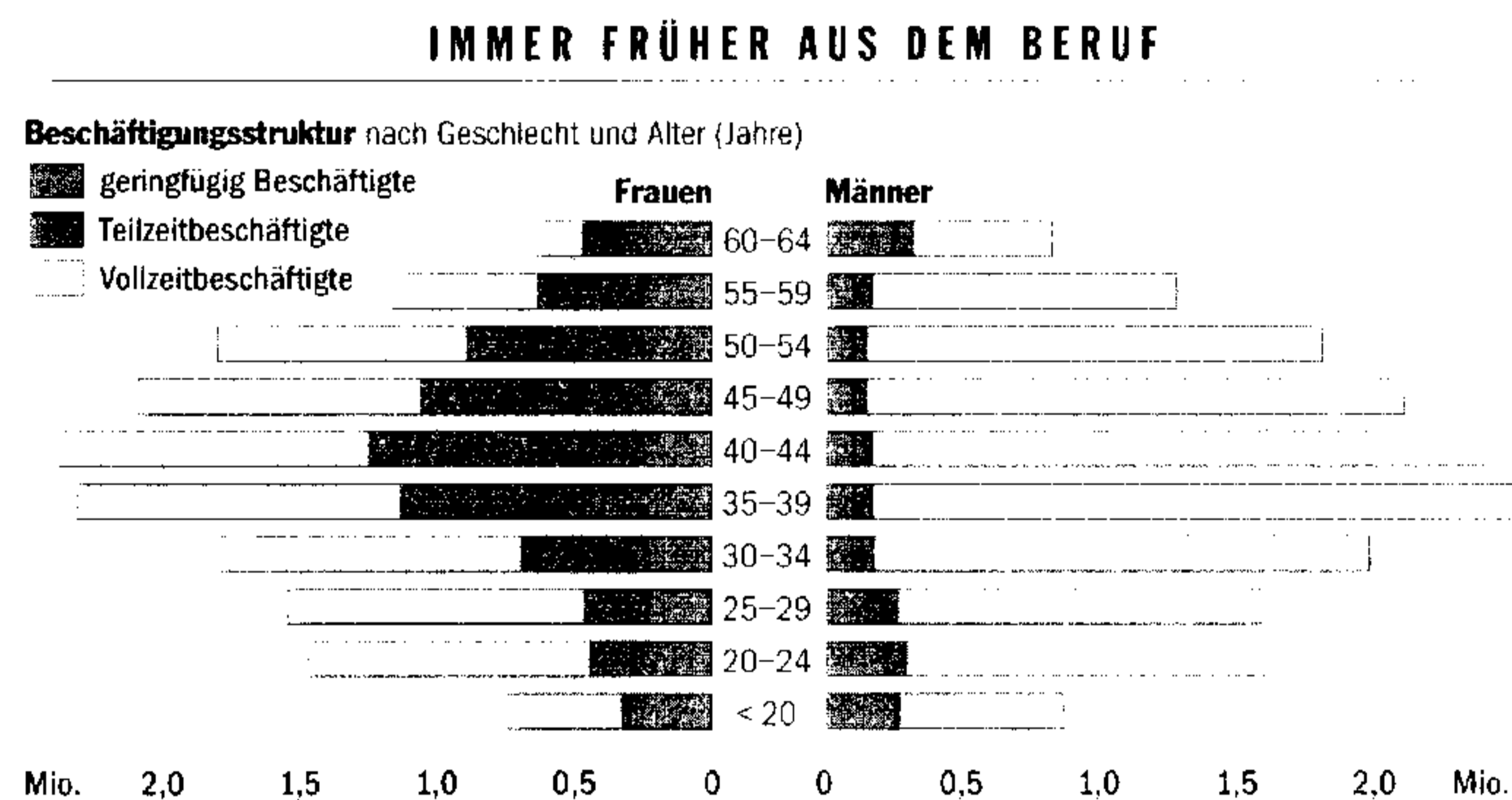
Als der Parteirat am Montag die Lage erörterte, verstärkten sich diese Zweifel. Nachdem Platzeck etwas schwammig vorgetragen hatte, war Müntefering ans Rednerpult getreten. Der Vizekanzler sprach präziser – und vor allem länger. Teilnehmer raunten sich zu: „Will da einer den Platzeck demütigen?“ ■

VERENA KÖTTKER/HANS-JÜRGEN MORITZ/RAINER PÖRTNER

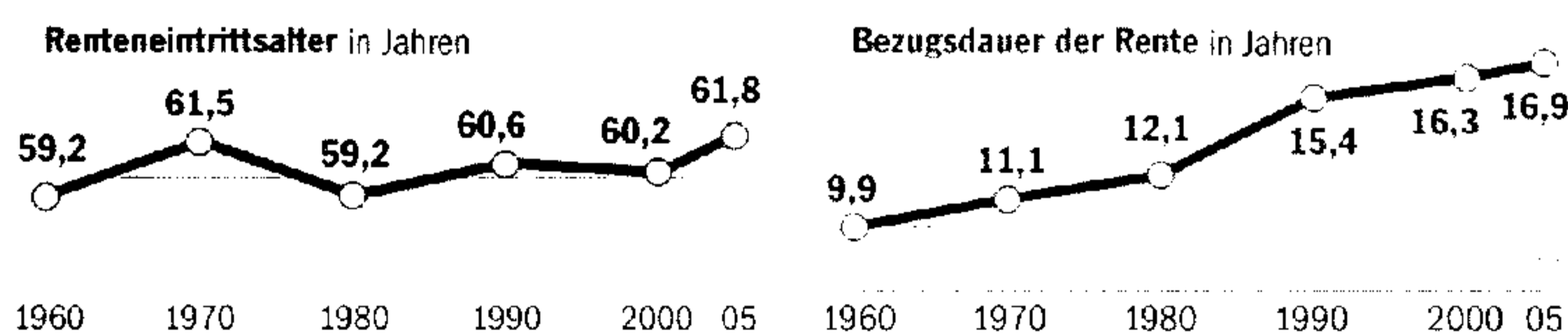
„Da muss man kein Mathematiker sein, da reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen: Wir müssen irgendetwas machen“

**Franz Müntefering (SPD),**  
 Bundessozialminister, zu seinem Rentenplan

**ABSCHIED**  
 Bei den 60- bis 64-Jährigen sinkt die Zahl der Vollbeschäftigten deutlich. Besonders Frauen sind betroffen



**ETWAS SPÄTER UND DAFÜR VIEL LÄNGER**



**ANSTIEG** Durchschnittlich scheiden die Deutschen mit 62 Jahren aus dem Beruf aus und bekommen dann fast 17 Jahre Rente. 1960 lag die Bezugsdauer noch bei zehn Jahren

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund

## „ES IST IMMER EINE KÜRZUNG“

**Finanzexperten halten die „Münfte“-Rente für ein notwendiges Sparinstrument, das nicht nur Frührentnern Einbußen bringt, sondern auch allen, die länger arbeiten.**

- **Münftefering ist gut dran**

Der Bundesarbeitsminister erzählt gern, dass er mit 14 Jahren schon anfang zu arbeiten. Der 66-Jährige lernte früh Industriekaufmann und kommt locker auf die 45 Versicherungsjahre, nach denen jeder weiterhin ohne Abschläge mit 65 in Rente gehen können soll. Auf eine so lange Versicherungszeit bringen es in Westdeutschland nur 40 Prozent der Männer, im Osten immerhin 60 Prozent. Für Frauen liegen die Werte deutlich niedriger: im Westen bei 3,7 Prozent, im Osten bei 11,2. Die meisten können in Zukunft also nur mit Kürzungen vor 67 aufhören (siehe Grafik). Ändert sich am Arbeitsmarkt nichts, bleibt ihnen keine andere Wahl.

- **Sinkende Rendite**

Ein schlechteres Geschäft ist die Rente mit 67 aber auch für alle, die so lange arbeiten wollen und können. Geht der

Durchschnittsverdiener (30 000 Euro Jahresbrutto West) heute nach 40 Versicherungsjahren mit 65 Jahren und 1000 Euro in Rente, kann er sie bis zum 80. Geburtstag 15 Jahre lang genießen. Wird er erst mit 67 Rentner, erhöhen sich die Bezüge nach heutigem Stand zwar um 50 Euro monatlich, aber er erhält sie bis zum Achtzigsten nur 13 Jahre lang, für die er zwei Jahre länger eingezahlt hat. Unterm Strich bleibt ein Minus von rund 10 000 Euro, rechnet der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen vor: „Man kann es drehen und wenden, wie man will, es ist immer eine Kürzung.“

- **Atempause für die Alterskasse**

Das höhere Rentenalter macht bis 2030 gut 0,5 Beitragspunkte weniger aus, schätzt der Wirtschaftsweisen Bert Rürup. Schon ein Jahr länger arbeiten bringe der Rentenkasse sieben Milliarden Euro.